



BVBB

Bürgerverein Brandenburg-Berlin e.V.

Anerkannt als gemeinnütziger Verein
Parteienunabhängig - für Bürgerrechte

BVBB-Zentrale: Wilhelm-Grunwald-Str. 48-50, 15827 Blankenfelde

Telefon: 0 33 79 / 20 14 34 · Telefax: 0 33 79 / 20 14 35

Sprechzeiten: Donnerstag 14.30 - 18.00 Uhr

www.bvbb-ev.de und www.planfeststellungsverfahren.net

Hier lesen Sie, was Sie so oder überhaupt nicht durch die Medien erfahren!

INFO 48

Blankenfelde, Januar 2008

Die Wahrheiten über die Folgen des BBA (Berlin Brandenburg Absurdistan - ehemals BBI)

Der von wenigstens 360 000 Überflügen/Jahr, davon geforderte 113 in der Nacht, erzeugte Fluglärm macht die Betroffenen krank. Zu Tausenden werden sie mit ärztlich verordneten Psychopharmaka leben und ihre Herz-Kreislaufsysteme mit Arznei stabilisieren müssen.

(Beweis: Megastudie des Bundesumweltamtes, von Ärzten und Krankenkassen zu den Folgen des Flughafens Köln/Bonn - www.ehponline.org/docs/2007/10775/abstract.html)

Die Betroffenen in der Einflugschneise werden mit Millionen Tonnen Feinstäuben, krebserregenden Stoffen, Partikel die ihren Atmungswegen Schaden zufügen, berieselt. (Zahlreiche internationale Studien)

Unsere Kinder werden bewusst krank gemacht und in ihrer Lernfähigkeit beeinträchtigt (Beweis: Aussagen des Gutachters der FBS/Landesregierung von Brandenburg-16%, Prof. Dr. Jansen, und des RheinMain Institutes http://www.rhein-main-institut.de/docs/Fluglaerm_und_Kinder.pdf)

Platzeck, Wowereit und die Parteien, insbesondere SPD und CDU stört dies nicht. Sie wollen nichts für den Schutz der Bürger und Kinder tun. Also wollen sie die Menschen bewusst krank machen, ihrem Eigentum an Grund und Boden schweren Schaden zufügen, ihre Erholungsgebiete zerstören und ihnen jede Lebensqualität nehmen.

Neben den gesundheitlichen Gefährdungen durch Lärm und Feinstaub, werden die Anwohner der Einflugschneisen unter permanenter Katastrophengefahr leiden, eine kolossale Belastung für Leib und Seele! (erinnert sei an die rasant steigende Zahl von Beinahe-Unfällen in Schönefeld und Tegel)

Infolge von Lärmterror und Umweltverschmutzung werden die betroffenen Gemeinden verslumpet. Wer kann, haut ab! Die einst ausgeglichene Sozialstruktur wird auf niedrigstes Niveau absinken. (Beweis sind die Fakten in allen Einflugschneisen von Flughäfen).

Die Frechheit: Die Verursacher dieser Folgen wollen bei Wahlen auch noch belohnt werden und erwarten die Stimmen von Wählern, die sie offensichtlich für dumm und vergesslich halten.

Diese Wahrheiten sind nicht Gegenstand ihrer Berichterstattung. Dafür aber Jubel für jedes neue Flugzeug im Flugplan und für jeden LKW, der Dreck an der BBA-Baustelle bewegt.

Was hat das Einwendungsverfahren gebracht? - Geklagt werden muss trotzdem!

Gemeinden und Parteien haben das Einwendungsverfahren gegen den unverschämten ergänzenden Planfeststellungsbeschluss zur brutalen Ausweitung der Nachflugforderungen der Flughafengesellschaft und ihrer Eigentumsvertreter, Platzeck und Wowereit, zu ihrer Sache gemacht. Ergebnis: vielleicht 30.000 Einwendungen von Betroffenen zwischen Müggelheim, Gosen, Grünheide und Ludwigfelde, davon allein in Blankenfelde/Mahlow 25.000. Kein Ruhmesblatt, wenn man an gesamt 260.000 Einwendungen, als größte schriftliche Volksabstimmung in der Republik denkt, die unter der organisatorischen Führung des BVBB in 2001 und 2003 gegen den Planfeststellungsbeschluss zum Neubau des BBA erzielt wurden.

Der BVBB und seine aktivsten Ortsgruppen waren gewarnt. Für Alibi-Bürgerbeteiligung sollten nicht 100.000 Euro zum Fenster hinausgeschmissen werden. Wir wussten, dass die Zahl der Einwendungen, außer Alibi politik, nichts bringen wird. Auf Grund der Erfahrung in 2001 und 2003 war doch klar, dass sich Wowereit, Platzeck, SPD und CDU keinen Deut darum scheren werden, „wie viel“ Betroffene „Was“ einwenden. Der BVBB weiß auch, worauf es wirklich ankommt! Es geht auch beim ergänzenden Planfeststellungsverfahren um die Sicherstellung der Klagefähigkeit von Musterklägern.

**SCHÖNEFELD
SO MIT UNS
NICHT**

Darauf hat sich der BVBB konzentriert und für 25 mögliche Musterkläger durch seine Anwälte qualifizierte Einwendungen beim zuständigen Landesamt eingereicht. Sicher sind wir aber, dass auch diese Einwendungen bei der Formulierung des ergänzenden Planfeststellungsbeschlusses durch das Brandenburgische Infrastrukturministerium keine Gnade finden werden. Wie hat noch der früherere Leiter der Planfeststellungsbehörde und jetzige Staatssekretär Bretschneider am 08.10.2007 erklärt: „Wir sehen uns vor dem Bundesverwaltungsgericht wieder“. D. h.: Er erlässt einen Planfeststellungsbeschluss ganz im Sinne von Wowereit und Platzeck. Nachtflug, Nachtflug über alles. Was stört uns die Nachtruhe der Bürger?

So ist denn klar, dass der BVBB mit den Einwendungen seiner Musterkläger die Voraussetzung für die Klage sichergestellt hat. Platzeck und Wowereit wollen die Klage, um zu retten was zu retten ist. Sie wissen: ein neuer BBA ohne Nachtflug ist eine Pleite.

Ablenkungsmanöver

Plötzlich, nach versäumten Chancen und Vera...ung durch Platzeck und Co. stehen Bürgermeister als dumme Jungs und begossene Pudel da. Jetzt kommen Forderungen, die der BVBB schon seit Jahren stellt und die den Bürgermeistern bekannt sind. Als Ankündigungslawinen fordert man die Einhaltung der EU-Umgebungslärm Richtlinie, kündigt Klage beim Europäischen Gerichtshof an. Gleichzeitig die Erkenntnis, dass die Feinstaubproblematik in der Gesundheitsvorsorge eine größere Rolle spielen muss. Was soll das? Die Belastungen, auch in Blankenfelde/Mahlow, sind doch seit Jahren bekannt! Nur, konkret getan wurde nichts, um diese Zumutungen von den Bürgern abzuwenden! Gefordert wird nun Unterstützung vom Bundespräsidenten oder der Bundeskanzlerin. Briefe dahin haben dabei nur den Zweck Alibis zu konstruieren, um den betroffenen Bürgern weiß zu machen, wie besorgt man um ihrer Gesundheit und Lebensqualität ist. Natürlich wissen die Autoren um die Nutzlosigkeit solcher Briefe, weil weder der Bundespräsident noch die Bundeskanzlerin sich Fehlentscheidungen der wahrhaft Zuständigen, Platzeck und Wowereit, anhängen lassen. Warum, so fragt sich der kluge Bürger, kamen denn diese Probleme nicht auf den Verhandlungstisch als es darum ging die Forderungen von Wowereit und Platzeck nach bester Infrastruktur für den Flughafen BBA per Unterschrift zu genehmigen. Warum nicht selber Messstationen für Fluglärm und Umweltschmutz installieren, neue Standorte für Schulen und KITAS festlegen. Soll etwa vermieden werden die Sauerei Monat für Monat zu veröffentlichen oder die Eltern zu sensibilisieren, deren Kinder durch Fluglärm krank werden? Nein, es ist schon Kommunalwahlkampf, es geht um die Rettung von Pöstchen. In solchen Zeiten besonders muss der Bürger als Wähler an der Nase herumgeführt werden. Darum und nur darum geht es beim Alibiaktionismus. Der funktioniert besonders gut, wenn sich Journalisten als Hofberichterstatter gemein machen und auf kritische Betrachtung von Wahlkampfpropaganda verzichten.

Milliarden für den BBA und keine Brotkrümel für Betroffene

Täglich werden die Bürger auf die tatsächlichen Kosten für den BBA eingestimmt. Immer neue Zahlen: Verkehrsanbindung Straße kalkuliert mit fast einer Milliarde, Verkehrsanbindung Schiene kalkuliert mit 700 Millionen, Terminal kalkuliert mit 650 Millionen. Was Grundstücke gekostet haben, ist Geheimnis, was Start- und Landebahn kosten, wird verschwiegen, Was bisher schon an Vorlaufkosten für Planung, Gutachten, Munitionsbeseitigung, Gerichtskosten, Kosten der gescheiterten Privatisierung, Rechtsberatung, Personalkosten der FBS u. u. u.) seit 2001 bezahlt wurde, kann man nur ahnen (sicher 1,5 Mrd.). Alles ohne Kosten für die Staatsbürokratie, die unzählige Beamte und Angestellte zur Durchsetzung des BBA -Wahnsinns beschäftigt. Experten bestätigen die Kostenkalkulationen des BVBB. Am Ende wird das BBA -Denkmal sicher dem Steuerzahler 6 Mrd. kosten, die wegen absehbarer Unwirtschaftlichkeit nie wieder erwirtschaftet werden. Der Skandal: Für die Betroffenen gibt es eine lächerliche vom Bundesverwaltungsgericht festgelegte Entschädigung (4000 Euro) und angekündigt Lärmschutzfenster.

Verlogener geht es nicht

Da tönen SPD und Gewerkschaften: Der Mindestlohn, 7,50 Euro/Stunde, muss her. Jeder, der arbeitet, muss mit Mindestlohn von seiner Arbeit leben können, guter Lohn für gute Arbeit. Dies mag für einen bescheidenen Single möglich sein, aber eine Familie mit Kindern bleibt bei 7,50 Euro auf staatliche Unterstützung angewiesen. Verlogener wird diese Forderung, wenn Platzeck und Wowereit gleichzeitig alles tun, um Löhne zu drücken, auch unter den von ihnen geforderten Mindestlohn. Mit allen Mitteln machen sie Billigflieger und

Abfertigungsgesellschaften groß. Sie sind wie bekannt, die größten Lohndrücker der Flugbranche. Sie verschweigen, dass Billigflieger Gesellschaften mit ausländischen Arbeitsverträgen weniger zahlen als Mindestlöhne. Da gibt es doch Gesellschaften, die sich in Schönefeld breit gemacht haben, die ihrem Personal keine Standzeiten bezahlen, im Krankheitsfall den Lohn nicht fortzahlen und den Urlaub nicht als Arbeitszeit anerkennen. Das muss nach Platzeck und Wowereit fleißig gefördert werden, denn es kann nicht genug Billigflieger für Berliner Flughäfen geben. Schlimmer noch: Der Flughafengesellschaft eigene Abfertigungsfirma „Globe Ground“ sind die Löhne zu hoch. Neue Tarife, natürlich niedrigere, mussten her. Dies reichte noch nicht. Darum wurden dann, mit Zustimmung von Platzeck und Wowereit Tochtergesellschaften gegründet, die noch niedriger bezahlen und die Arbeitszeiten verlängerten. Jetzt reicht auch diese Lohndrückerei nicht mehr. Verkaufen wir doch nun die „Globe Ground“, dann kann der Käufer das verlogene Spiel fortsetzen, so die Lohndrücker der Politik. Ergebnis: Der Steuerzahler zahlt dann die Lohnaufstockung bis zur Sicherung des Existenzminimums und die Eigentümer von Billigfluggesellschaften und Bodenabfertigung streichen Gewinne ein, weil sie keine anständigen Löhne zahlen. Wowereit und Platzeck machen es möglich!

Demokratie-Check am Beispiel Brandenburger SPD

Die SPD in Brandenburg schlägt einen Demokratie-Check für Bewerber von Kommunalwahlämtern vor. Kandidaten sollen auf Verfassungstreue überprüft werden. Gemeint sind wohl nur Kandidaten von Parteien wie der NPD.

Da setzen die Genossen einfach voraus, dass ihre Kandidaten und ihre gewählten Mandatsträger bis hinauf zum Ministerpräsidenten, die Vertreter der CDU und anderer sogenannter staatstragender Parteien ein Ausbund an Verfassungstreue sind. Diese achten, so ihre arrogante und volksverdummende Einstellung, selbstverständlich Geist und Inhalt der Verfassung des Landes Brandenburg.

Machen wir die Probe aufs Exempel am Beispiel des BBA

(Berlin Brandenburg Absurdistan) in Schönefeld anhand der Verfassung des Landes Brandenburg (http://www.landesrecht.brandenburg.de/sixcms/detail.php?gsid=land_bb_bravors_01.c.23338.de)

- (Art. 7, Abs. 1) *„Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt und Grundlage jeder solidarischen Gesellschaft“*

Die SPD, an der Spitze ihr Ministerpräsident, kämpft mit letzter Rücksichtslosigkeit für den BBA. Vergessen, dass ihr nun mittlerweile unbekannter Stolpe diesen Standort als „unmenschlich“ bezeichnet hat. Vergessen auch, dass Platzeck mit den von ihm vertretenen Erkenntnissen des Raumordnungsverfahrens ins gleiche Horn gestoßen hat. Darum im Klartext Herr Platzeck: Ministerpräsidenten, die nach eigener Aussage einen menschenunwürdigen Flughafen bauen, verstoßen bewusst gegen die Verfassung. Fazit: Demokratie-Check nicht bestanden.

- (Art. 8, Abs. 1) *„Jeder hat das Recht auf Leben, Unversehrtheit und Achtung seiner Würde im Sterben“*

Wissenschaftlich unumstritten: Fluglärm macht krank, beeinträchtigt die Lernfähigkeit von Kindern und führt in unserer Region zur Erkrankung von 16% unserer Kinder in jeder Generation, solange der Flughafen in Betrieb ist. Dies hat auch der Gutachter der Landesregierung vor dem Bundesverwaltungsgericht so bestätigt. Platzeck und die ihn stützenden Abgeordneten wissen also was sie tun. Sie machen Menschen, insbesondere Kinder, bewusst krank, obwohl Sie die Landesverfassung kennen, die sie auf den Schutz der Menschen verpflichtet.. Fazit: Platzeck und seine Unterstützer haben den Demokratie-Check nicht bestanden.

- (Art. 21, Abs. 3) *„Alle Menschen haben das Recht, sich in Bürgerinitiativen oder Verbänden zur Beeinflussung öffentlicher Angelegenheiten zusammenzuschließen. Diese haben das Recht auf Information durch alle staatlichen und kommunalen Stellen und auf Vorbringen ihrer Anliegen.“*

Seit Jahren fordert der BVBB, dass sich Platzeck und die SPD-Spitzen den Bürgern stellen und ihre menschenunwürdige Entscheidung begründen, sich die Sorgen der Betroffenen anhören, erklären was sie zum Schutz gegen Fluglärmterror tun wollen, wie sie die Bürger entschädigen wollen für die Quasienteignung ihrer Häuser und Grundstücke. Fehlanzeige! Mit unnachahmlicher Arroganz verweigern sich die Amtsträger. Es interessiert sie nicht, wie die Betroffenen mit den Folgen fertig werden. Das verfassungsrechtlich garantierte Recht wird den Betroffenen verweigert! Fazit: Demokratie-Check nicht bestanden.

- (Art. 39, Abs. 1) *„Der Schutz der Natur, der Umwelt und der gewachsenen Kulturlandschaft als Grundlage gegenwärtigen und künftigen Lebens ist Pflicht des Landes und aller Menschen“*

Kaltschnäuzig wird durch den BBA Natur und Umwelt schwerer Schaden zugefügt. Platzeck und seine Epigonen zerstören mit dem Bau des BBA Erholungs- und höchstgeschützte FFH-Gebiete. Fazit: Demokratie-Check nicht bestanden!

- (Art. 12, Abs. 1) *„Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich. Jede Willkür und jede sachwidrige Ungleichbehandlung ist der öffentlichen Gewalt untersagt.“*

Platzeck und seine SPD wollen doch nicht allen Ernstes behaupten, dass sie die von den Folgen ihrer menschenunwürdigen BBA Entscheidung betroffenen Menschen gegenüber Nichtbetroffenen, vor allem gegenüber den Profiteuren, Fluggesellschaften und Flughafengesellschaft gleich behandeln und ihre Interessen sachgerecht vertreten. Fazit: Demokratie-Check nicht bestanden.

- (Art. 88) *„Ich schwöre, dass ich meine ganze Kraft dem Wohle der Menschen des Landes Brandenburg widmen, ihren Nutzen mehren, Schaden von ihnen wenden, das mir übertragene Amt nach bestem Wissen und Können unparteiisch verwalten, Verfassung und Gesetz wahren und verteidigen, meine Pflichten gewissenhaft erfüllen und Gerechtigkeit gegen jedermann üben werde.“*

Diesen Satz haben Herr Platzeck und seine Minister bei Amtsantritt geschworen. Es wirkt wie Heuchelei und politische Blindheit, Gefahren von Rechts mit Demokratie-Check zu bekämpfen und gleichzeitig den Bürger mit Missachtung von Verfassung und Eid ins Unglück zu stürzen.

Vor dem Hintergrund dieser fortgesetzten Verfassungsverletzungen stellt sich darum die Frage: Sind Platzeck und seine Minister meineidig? Gewiss sind sie ungeeignet, anderen Feinden der Verfassung mit Demokratie-Checks das Handwerk zu legen. Dazu bedarf es des positiven Vorbildes und der Glaubwürdigkeit des eigenen Handelns. Richtig ist: Zurücktreten! Nur ein Ministerpräsident oder Parteien, die unzweifelhaft zu Geist und Wortlaut der Verfassung stehen, können glaubwürdig den Kampf gegen Feinde der Verfassung führen.

Verlogene Umweltschutzpolitik spekuliert auf die Dummheit der Bürger

Feinstaubplaketten für Autos-Rauchverbote - aber fliegen, auf Teufel komm raus

Von Politikern betriebene Kampagnen müssen als Alibi für deren Sorge um die Gesundheit herhalten. Weil Raucher zu dumm sind sich und ihre Mitmenschen gegen Gesundheitsgefahren zu schützen, darf nun in Kneipen, Restaurants, Diskotheken und in allen öffentlichen Einrichtungen nicht mehr geraucht werden. Dies gilt auch für Kneipen und Restaurants, die an Straßen liegen, die Autofahrer ohne „Russplaketten“ bei jährlich 35 maliger Grenzwertüberschreitung nicht mehr befahren dürfen. Das hier Gäste und Anwohner einer Luftverschmutzung durch hochbelastete Feinstäube ausgesetzt sind, die Passivrauch als Miniproblem einstufen lässt, wird verschwiegen und vertuscht. Schlimmer noch, wer in der Einflugschneise eines Flughafens wohnt, bekommt eine Ladung von Autoqualm und Flugzeugqualm, die in ihrer Größenordnung den Tabakqualm in Gaststätten zum Luftkurort macht. Zu den Tausenden von PKWs und LKWs kommt dann bei jedem Flugzeugstart eine Umweltbelastung, die bei normalen Flugzeugtypen, die Dreckschleuderei von 7000 Autos übertrifft. Was ist da alles drin: krebserregende polyzyklische aromatische Kohlenwasserstoffe (PAK/BaP), Stickoxide, erhöhte Ozonkonzentrationen, die zur Erhöhung der Sterblichkeitsrate führen. 65.000 Menschen sterben in Deutschland jährlich durch verschmutzte Außenluft, so Experten der EU-Kommission. Was tun Wowerit und Platzeck dagegen? Sie machen Symbolpolitik als Ablenkungsmanöver gegen die Luftverschmutzung, die sie selber fördern! Platzeck fördert Braunkohlekraftwerke und hat Brandenburg schon zum größten Umweltverschmutzer aller Bundesländer gemacht. Beide locken und subventionieren die Billigflieger als Dreckschleudern. Sie sorgen dafür, dass Luftfahrtsunternehmen dicke Gewinne zu Lasten der Menschen machen können. Sie hören nicht hin, wenn z. B. der Inhaber von Deutschlands viergrößtem Reiseunternehmen, Alltours, sagt: *„Es ist fünf vor zwölf. Wir alle treiben mit unserem Fliegen Umweltverschmutzung erster Klasse. Lockvogelangebote der Billigfluglinien sind umweltpolitisch absolut verantwortungslos und obendrein kaufmännisch unseriös“*. Das aber stört Wowerit, Platzeck und die Parteien nicht. Sie sind angetreten als Vertreter dicker Gewinne auf Kosten der Gesundheit ihrer Bürger.

Beitrittserklärung

Hiermit erkläre ich meinen Beitritt in den BVBB und erkenne die Satzung des Vereins an.

Name	Vorname
Straße	
PLZ	Wohnort
Geb.-Datum	Beruf
Tel. privat	Tel. dienstlich
Fax privat	Fax dienstlich
Ort / Datum	Unterschrift
	Zusätzliche Unterschrift des gesetzlichen Vertreters bei Minderjährigen

Beitrag

Der Monatsbeitrag ist in Abhängigkeit der Einkommensverhältnisse gestaffelt.
Bitte kreuzen Sie entsprechend der Höhe Ihres monatlichen Einkommens Ihren gewählten Beitragstarif an.

T 1	BASISTARIF	Mitglieder mit monatlichem Netto-Einkommen über 1.000,00 €	3,00 €	<input type="checkbox"/>
T 2	ERM. TARIF	Mitglieder mit monatlichem Netto-Einkommen unter 1.000,00 €	1,50 €	<input type="checkbox"/>
T 3	FREITARIF	Mitglieder ohne Einkommen	0,00 €	<input type="checkbox"/>

Nach Erhalt der Aufnahmebestätigung bitten wir Sie unter Angabe des Namens und der Mitgliedsnummer um Überweisung des Betrages möglichst als Jahres- oder Halbjahresbeitrag auf das

Spenden- u. Beitragskonto des BVBB: Volksbank Berlin · BLZ: 100 900 00 · Konto-Nr.: 7188733004